

Von Katharina Wegner

## Europawahl am 26. Mai 2019 – Frauen an die Wahlurnen!

Seit 1957 - dem Gründungsjahr der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - ist in den EU-Verträgen der Grundsatz verankert, dass Männer und Frauen gleiches Entgelt für gleiche Arbeit erhalten sollen. Er gehört damit zum Urgestein des Europarechts.

Daneben befasst sich die EU mit zahlreichen auch für Frauen in Deutschland relevanten Themen: Vom Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen bis zu häuslicher Gewalt gegen Frauen. Kürzlich haben sich Rat und Parlament der EU in der „Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ über verbindliche EU-Mindeststandards in diesem Feld geeinigt. In vielen Mitgliedstaaten werden damit neue Maßstäbe gesetzt:

- Väter erhalten jetzt wie Mütter mindestens zehn Tage Vaterschaftszeit rund um die Geburt.
- Jedes Elternteil hat ein Recht auf vier Monate Elternzeit. Zwei davon sind nicht übertragbar, müssen also vom Vater genommen werden.
- Fünf Tage pro Jahr Anspruch auf Pflegezeit für pflegende Angehörige. Für diesen Personenkreis, meist Frauen, gab es bisher überhaupt keine EU-Regeln. In vielen Mitgliedstaaten ist eine Pflegezeit bisher auch gar nicht vorgesehen.

Entscheidenden Anteil, dass diese Standards durchgesetzt werden konnten, hatte das Europaparlament. Überhaupt hat dieses heute in weiten Teilen der EU-Gesetzgebung ein Mitentscheidungsrecht. Ohne seine Zustimmung kommt eine Rechtsetzung oft überhaupt nicht zustande.

Bei den meisten Anliegen von Kirche und Diakonie sind die Europaabgeordneten wichtige Verbündete. Das könnte sich nach der Europawahl dramatisch ändern – dann nämlich, wenn sich wie vorausgesagt der Stimmenanteil der rechtspopulistischen und europafeindlichen Parteien stark erhöht. Wie bei der letzten Bundestagswahl zu sehen, kann das auch dazu führen, dass der Frauenanteil im Parlament wieder sinkt. Dieser ist seit der ersten Wahl immer weiter gestiegen, heute jedoch liegt er bei ungefähr 36 %.

Deshalb: Frauen, geht zur Europawahl!



Die Juristin Katharina Wegner vertritt die Diakonie Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel.